Insolvenzrecht

Der Unterschied zwischen Insolvenz und Zahlungsfähigkeit besteht darin, dass bei der Zahlungsfähigkeit noch genug Vermögen vorhanden ist, um die Schulde zu begleichen, aber eine kurz- bis mittelfristige Illiquidität.

# Unternehmensinsolvenzrecht

## Das Vorverfahren

Dabei hat der Schuldner 8 Wochen Zeit, einen Sanierungsplan und die Bewilligung desselben durch die Gläubiger vorzulegen und vom Insolvenzgericht bestätigen zu lassen.

## Sanierungsverfahren

Hat den Sinn, das Unternehmen des Schuldners im wirtschaftlichen Kreislauf zu halten, indem die Gläubiger auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten. Gelingt die Sanierung, so ist das Unternehmen nach der Bezahlung der Quote innerhalb einer bestimmten Frist, die Altschulden los. Sowohl der Gläubiger als auch der Schuldner hat einen Sanierungsplan zu erstellen, den die Gläubiger bei einer, durch den Insolvenzrichter einberufenen, Klagsitzung zustimmen müssen.

### Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung

Dabei bleiben der Unternehmer bzw. der Geschäftsführer weiter unterschriftsberechtigt und darf das Unternehmen auch selbstständig weiterführen, wenn der Sanierungsplan zeigt, dass der Schuldner innerhalb von 18 Monaten in 4 Raten eine Quote von mehr als 30% bezahlen kann.

### Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung

Der Schuldner oder die Gläubiger reichen die Insolvenz beim Insolvenzgericht ein und aufgrund des vorgelegten Sanierungsplanes, sowie der vorhandenen Aktiva und Passiva, kann erwartet werden, dass mehr als 20% der Schulden, aber nicht mehr als 30% innerhalb der vorgegebenen Frist zurückgezahlt werden können. Die Geschäftsführung bleibt im Unternehmen, verliert aber ihre Unterschriftsberechtigung. D.h.: jede einzelne Überweisung, jeder Kaufvertrag, jede personelle Entscheidung wird von einem Sanierungsverwalter, den das Insolvenzgericht bestimmt, getroffen.

Der Sanierungsverwalter (Rechtsanwalt, Wirtschaftstreuhänder), der sich in eine Liste bei Gericht eintragen hat lassen, wartet auf die Zuteilung durch das Gericht. In der Praxis werden Paarquoten bevorzugt, d.h.: die Gläubiger verzichten auf eine höhere Quote zugunsten einer sofortigen Bezahlung der Quote. Gelingt es dem Schuldner nicht, die Quote rechtzeitig zu bezahlen, so wird das Insolvenzverfahren erneut aufgerollt.

## Konkurs

Sinn des Konkurses ist die Auflösung des Unternehmens und die bestmögliche Verwertung der vorhandenen Aktiva. Die Gläubiger erhalten zumeist eine Quote unter 10%. Zeigt sich im Laufe des Verfahrens, dass bei der Verwertung der Aktiva mehr Geld als erwartet erwirtschaftet werden konnte, so haben die Gläubiger die Möglichkeit, den Schuldner in ein Sanierungsverfahren zu schicken.

Praktische Abwicklung des Konkurses:  
Mit der Anmeldung des Konkurses wird vom Insolvenzgericht ein Masseverwalter bestellt, der für die Abwicklung des Konkurses zuständig ist. Zu aller erst wird geprüft, ob genug Masse vorhanden, um den Konkurs abwickeln zu können, wenn nicht, wird der Konkurs mangels Masse abgelehnt. D.h.: der Schuldner kann nicht in Konkurs gehen und bleibt auf seinen Schulden, zumindest 30 Jahre, sitzen. In Österreich werden mehr Konkurse mangels Masse abgelehnt, als Konkurse angenommen.

Masseforderungen sind all jene Kosten, die entstehen um den Konkurs abwickeln zu können. D.h.: Gerichtskosten, Masseverwalterkosten und Versteigerungskosten, sowie Kosten für Arbeitnehmer, die die Abwicklung durchführen. Der Masseverwalter lässt üblicherweise sämtliche Schlösser tauschen und kündigt alle Arbeitnehmer, wobei häufig ein paar Mitarbeiter wieder neu eingestellt werden, um das vorhandene Vermögen zu erfassen und eventuelle Aufträge noch fertig abwickeln zu können.

Der Unternehmer hat kein Zutrittsrecht mehr und auch keine Unterschriftsberechtigung, er ist vom Konkursverfahren ausgeschlossen. Die Geschäftsführung übernimmt der Masseverwalter oder eine von ihm eingesetzte Person.

Die Gläubiger wählen ihre Forderungen an, diese werden überprüft und in einer Tagsatzung die Höhe der Quote bestimmt (<10%)

Das Gericht unterscheidet folgende Forderungsarten:

#### Aussonderungen

Sind Vermögensteile, die sich im Besitz aber nicht im Eigentum des Schuldners befinden und daher der Vermögensmasse nicht hinzuzurechnen sind.

z.B.: Leasinggegenstände, Mietgegenstände, Eigentumsvorbehalt, Ratengeschäfte, Kommissionsware

#### Absonderungen

Sind Vermögensgüter, die sich im Eigentum des Schuldners befinden, aber andere Personen haben ein Recht auf diese Güter.

z.B.: Hypotheken und gepfändete Gegenstände

#### Masseforderungen

#### Arbeitnehmerforderungen

Werden durch den Insolvenzendgeldfont bezahlt, in diesen zahlen alle Arbeitgeber 0.4% der Bruttolohnsumme monatlich ein. Die entsprechenden Forderungen werden vom Insolvenzendgeldfont bei den sonstigen Forderungen angemeldet.

#### Sonstige Forderungen

Alle anderen Forderungen vom Finanzamt der Gebietskrankenkasse, den Lieferanten, den Banken und den Insolvenzendgeldfont werden wie in der Tagsatzung vereinbart mit einer Quote beglichen.

Nachdem alle Forderungen bestätigt sind und die Quote bezahlt, ist der Konkurs abgewickelt. Zeigt sich während des Verfahrens, dass mehr Vermögen vorhanden ist, als angenommen, so können die Gläubiger den Schuldner in ein Sanierungsverfahren schicken. Der Schuldner selbst hat darauf, zumindest rechtlich gesehen, keinen Einfluss. Außerdem wird das Verfahren an den Strafgerichtshof weitergeleitet, der überprüft, ob es zu strafrechtlichen Tatbeständen gekommen ist und ob eine betrügerische oder grob Fahrlässige Krida vorliegt, bzw. ob es zu einer Gläubigerbegünstigung gekommen ist.

Krida 🡪 lat. Schreien; „in der Kreide stehen“ – Schulden wurden mit Kreide auf die Tafel geschrieben

## Außergerichtliche Insolvenz

Kommt in der Praxis immer dann vor, wenn ein Schuldner, ohne die Gerichte einzubinden, seinen Gläubigern im Verhandlungsweg eine entsprechend hohe Quote z.B.: 70% anbietet und diese im Verhandlungsweg beschlossen wird, ohne Einbindung des Insolvenzgerichts.

**Vorteil**:

* keine Gerichtskosten
* keine Eintragung im Firmenbuch
* rasche Abwicklung

## Privatinsolvenz

Dürfen alle Privatpersonen, auch Unternehmer, die in Konkurs gegangen sind, in Anspruch nehmen. Werden üblicherweise nicht über das Insolvenzgericht abgewickelt (außer es geht um große Vermögen), sondern über eine dem Gericht vorgelagerte Stelle, der Schuldnerberatungsstelle. Im Gegensatz zum Unternehmenskonkurs, bei welchem die Schuldner ausgeschlossen sind, sind beim Privatkonkurs, die Schuldner aktiv am Verfahren beteiligt und sie werden dann ausgeschlossen, wenn sie Vermögen verheimlichen, Einkünfte nicht angeben oder keine aktiven Schritte setzen, die Schulden zu vermindern. Der Ausschluss bedingt, eine Verfahrensdauer von 30 Jahren, d.h. der Schuldner hat 30 Jahre für seine Schulden zu haften. In der Praxis kommt es üblicherweise zu einem sogenannten Abschöpfungsverfahren, d.h. der Schuldner hat von all seinen Einkünften, alles was über das Existenzminimum hereinkommt, an die Gläubiger zu überweisen. Dauer des Verfahrens 5 Jahre, es gibt keine Mindestquote mehr. Danach ist der Gläubiger schuldenfrei, wobei aber während des Verfahrens, sämtliches Vermögen verwertet wurde, außer Liegenschaften mit einem Gegenseitigen Belastungs- und Veräußerungsverbot.

Arbeitsrecht

Ist ein nachgiebiges Recht, das zur zugunsten des Arbeitnehmers abgeändert werden darf. Es besteht aus vielen unterschiedlichen Gesetzen, wie z.B. dem Arbeitszeitengesetzt, dem Arbeitnehmerschutzrecht, der Urlaubsregelung usw. und ist auf alle Arbeitnehmer anzuwenden, die in Österreich tätig sind. Aufbauend auf die Arbeitsgesetze gibt es für die meisten Branchen Kollektivverträge und darauf bauen die individuellen Arbeitsverträge auf. Ein Arbeitsverhältnis stellt ein Persönlichkeitsabhängigkeitsverhältnis zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber dar, d.h. der Arbeitnehmer ist weißungsgebunden, trägt kein Unternehmerrisko und der Erfolg des Arbeitnehmers steht dem Arbeitgeber zu.

# Abschluss von Arbeitsverträgen

## Mündlich

Basis jedes mündlichen Arbeitsvertrages ist der Kollektivvertrag und die mündliche Abmachung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

## Schriftlich

Ist eine genau Spezifizierung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen auf Basis des Kollektivvertrages. (Nicht jede Branche hat einen Kollektivvertrag)

## Stillschweigend

Stillschweigend abgeschlossenen Verträge gelten, wie mündliche Verträge und sind im nicht legalen Bereich durchaus häufiger anzutreffen.

# Arten von Arbeitsverträgen

## Lehrlinge

Der Lehrvertrag wird abgeschlossen zwischen dem Unternehmen, dem Lehrling, seinem Vormund, wenn notwendig und der Lehrlingsstelle der Wirtschaftskammer. Es ist ein Ausbildungsvertrag, bei welchem der Arbeitgeber garantiert, dem Lehrling entsprechendes Wissen beizubringen, es ist ein befristeter Arbeitsvertrag, der automatisch mit Zeitablauf endet. Das ausbildende Unternehmen muss einen sogenannten Lehrbefähigten angestellt haben.

## Arbeiter

Werden nach geleisteten Stunden bezahlt und üben meist manuelle Tätigkeiten aus

## Angestellte

Erhalten eine monatliche Pauschale. Angestellten Gruppen sind taxativ im Gesetz aufgezählt und üben zumeist geistige Tätigkeiten aus.

## Freie Dienstnehmer

Haben einen eigenen Arbeitsvertrag und werden sozialversicherungsrechtlich wie Arbeitnehmer, steuerlich wie selbstständige behandelt. Sie sind persönlich abhängig, d.h. sie dürfen sich nicht vertreten lassen, haben aber kein Recht auf 13 und 14 Entgelt, auf Urlaub und auf Entgeltfortzahlung bei Krankheit. Können mehrere freie Dienstverträge parallel abschließen. Typische Branchen Journalismus, Architektur, Werbung.

## Werkvertrag

Der Werkvertragsnehmer ist sowohl Sozialversicherungsrechtlich als auch steuerlich selbstständig. Er kann sich vertreten lassen und arbeitet auf eigenen Betriebsmitteln und hat freie Zeiteinteilung.

# Befristung von Arbeitsverträgen

## Unbefristet

Üblicherweise mit einer 4-wöchigen Probezeit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich an die rechtlichen Auflösungsgründe zu halten.

## Befristet

Die Frist kann entweder ein bestimmtes Datum sein, oder das Ende eines Projektes. Eine Befristung bedarf keine Eigenen Auflösungsschritte durch Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer. Wird ein befristeter Arbeitsvertrag einmal verlängert, wird daraus automatisch ein unbefristeter.

# Rechte und Pflichten von Arbeitnehmer/Arbeitgeber

## Arbeitspflicht

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet seine Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen zu erbringen. Er schuldet dem Arbeitnehmer sein aufrichtiges Bemühen, nicht aber den Erfolg seiner Leistung.

## Treuepflicht

Interne Informationen, wie Preise, Kalkulationen, Betriebsgeheimnisse usw. dürfen nicht weitergegeben werden. Außerdem darf über das Unternehmen selbst und über den Inhaber nicht schlecht in der Öffentlichkeit geredet werden.

## Entgeltzahlungsrecht

Basis für das Entgelt ist der Arbeitsvertrag, wobei Aufwandsentschädigungen so sie die Sätze für die Bundesbedienstete nicht übersteigen, nicht der Abgabenpflicht unterliegen (Reisespesen). Entgeltzahlung ohne Leistung bzw. Anwesenheit

### Urlaub

25 Tage bzw. 30 Tage je nach Brache, ab dem 25 Dienstjahr im selben Unternehmen 30 bzw. 36 Tage

### Krankenstand

* Je nach Dauer der Beschäftigung hat der Arbeitnehmer unterschiedlich lange ein Anrecht auf Fortzahlung bei Krankheit.
* Zumindest 6 Wochen Bezahlung durch den Arbeitgeber, die nächsten 4 Wochen Arbeitgeber und Krankenversicherung/Unfallversicherung je zur Hälfte.
* Hat das Unternehmen nicht mehr als 40 Mitarbeiter und ist der Arbeitnehmer länger als 11 Tage in einem Stück krank, so zahlt ab dem 11 Tag die Krankenversicherung die entsprechenden Kosten.
* Ist der Arbeitnehmer auf Urlaub, so unterbricht der Krankenstand nur dann den Urlaub, wenn dieser mehr als 3 Arbeitstage betrifft.

### Freizustellende Tätigkeiten

* Todesfall
* Arztbesuche
* Behördenwege
* Vorladungen bei Gericht
* Eheschließung 🡪 1 Tag
* Wohnortswechsel 🡪 3 Tage

### Pflegefreistellung

* für Personen mit denen wir im gleichen Haushalt wohnen.
* max. eine Woche, bei Kindern bis zum 12. Lebensjahr zwei Wochen

### Hospizfreistellung

* Für die Begleitung sterbender Angehöriger

## Fürsorgepflicht des Arbeitgebers

Der Arbeitgeber hat den Arbeitsplatz so zu gestalten, dass für den Arbeitnehmer ein möglichst gutes und unfallfreies arbeiten möglich ist, außerdem hat er entsprechende Pausenräume und getrennte Toilette Anlagen ab je 5 Mitarbeitern unterschiedlichen Geschlechts, zur Verfügung zu stellen. Bei Arbeitnehmern, die den Arbeitsplatz verlassen, bzw. die Kleidung wechseln, sind versperrbare Spinte bereit zu stellen. Wird der Arbeitnehmer gekündigt, so hat ihm der Arbeitgeber während der Kündigungsfrist einen Tag pro Woche zur Arbeitssuche freizustellen, solange, bis der Arbeitnehmer eine Arbeit gefunden hat.

### Arbeitnehmerhaftung

#### Entschuldbare Fehlleistung

Der Arbeitnehmer hat sämtliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, damit kein Schaden entsteht, trotzdem kam es dazu. Er haftet nicht.

z.B.:

#### Leichte Fahrlässigkeit

Der Arbeitnehmer hat praktisch alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, die üblicherweise zu treffen sind. Der Arbeitsrichter kann ihn von der Haftung freisprechen.

z.B.: Unfall auf der Kreuzung

#### Grobe Fahrlässigkeit

Der Arbeitnehmer hat wesentliche Vorsichtsmaßnahmen nicht beachtet oder er war in berauschtem Zustand. Der Arbeitsrichter kann den Arbeitnehmer nicht mehr zur Gänze von der Haftung freisprechen.

z.B.: Reh läuft ins Auto und ich kann nichts dafür, aber ich bin im berauschtem Zustand

#### Vorsatz:

Bei bewusst hervorgerufenen Schäden haftet der Arbeitnehmer für den Schaden selbst und die Folgeschäden.

z.B.:

# Auflösung des Arbeitsverhältnisses

## Fristablauf

Bedarf keiner besonderen Aktionen von Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, hat die gleichen Konsequenzen, wie eine Kündigung durch den Arbeitgeber

## Einvernehmliche Lösung

Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen sich auf einen Austrittstermin ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Kündigungsfristen. Gleiche Ansprüche wie bei Kündigung durch den Arbeitgeber.

## Kündigung

Ist die Übliche Auflösung des Dienstverhältnisses, bedarf keiner Begründung und bedingt die Einhaltung der entsprechenden Kündigungsfrist

### Kündigung durch den Arbeitgeber

Kann nicht beeinsprucht werden, außer sie verstößt gegen den sozialen Grundsatz bzw. das Koalitionsrecht.

#### Kündigung eines Angestellten

Kündigungsfrist grundsätzlich 6 Wochen. Austrittstermin jeweils zum Quartalsende

#### Kündigung eines Arbeiters

Abhängig vom Kollektivvertrag, zwischen einer Wochen und 4 Wochen. Austrittstermin üblicherweise Mitte oder Ende des Monats.

### Kündigung durch den Arbeitnehmer

Arbeitnehmer haben je nach KV üblicherweise zwischen 14 Tage und 4 Wochen Kündigungsfrist und können entweder zum 15 oder zum Ende des Monats austreten.

## Entlassung

Ist eine fristlose Auflösung des Arbeitsverhältnisses auf initiative des Arbeitgebers und kann nur begründet erfolgen.

Entlassungsgründe sind:

* Tätlichkeit gegenüber dem Arbeitgeber
* Sittlichkeits- und Ehrverletzungen
* Dauernde Arbeitsunfähigkeit
* Nichterbringen der Arbeitsleistung trotz mehrmaliger Aufforderung

Der Arbeitnehmer hat keinen Anspruch auf die Abfertigung, den ausstehenden Urlaub bzw. die Urlaubsabfindung.

## Austritt

Ist eine fristlose Auflösung des Arbeitsverhältnisses auf Initiative des Arbeitnehmers, wobei man zwischen einer begründeten und einer unbegründeten Auflösung unterscheidet

### Begründeter Austritt

Der Arbeitnehmer ist so zu behandeln, wie wenn er gekündigt worden wäre. Austrittsgründe sind:

* Kein Entgelt
* Sittlichkeits-, Tätlichkeits- und Ehrverletzungen vom Arbeitgeber
* Dauernde Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz

### Ungerechtfertigter Austritt

Arbeitnehmer erscheint unbegründet nicht zur Arbeit, oder verlässt diese unbegründet. Er verliert sämtliche Urlaubs- und Abfertigungsansprüche

# Besonders schützwürdige Arbeitergruppen

## Lehrlinge

Können während der Lehrzeit nur sehr schwer gekündigt werden

## Invalide

Können nur mit Zustimmung des Arbeitsgerichtes und des Invalidenverbandes gekündigt, bzw. entlassen werden. Jedes Unternehmen ist verpflichtet ab dem 25. Mitarbeiter für alle weiteren 25 Mitarbeiter je einen Invaliden einzustellen. Ist er dazu nicht bereit so hat er eine monatliche Zahlung von 262€ pro einzustellenden Mitarbeiter, zu leisten.

## Schwangere

Sind verpflichtet unverzüglich ab dem Wissen der Schwangerschaft, das dem Arbeitgeber zu melden. Ab diesem Zeitpunkt gibt es ein Kündigungsverbot bis Eintritt des Mutterschaftsgesetzes / Mutterschutzes. 4 Wochen vor der Geburt und 6 Wochen danach besteht für die werdende Mutter ein absolutes Beschäftigungsverbot. Anschließend kann die Frau eines der 5 Kinderbetreuungsmodelle wählen. Nach Ablauf dieser Karenzzeit hat der Arbeitnehmer eine Wiedereinstellungspflicht für zumindest 4 Wochen und danach tritt die übliche Kündigungsfrist in Kraft.

## Beamte

Beamte sind ab ihrer Definitivstellung unkündbar und sie können bis zum Spruch durch den Richter nicht entlassen werden, sie können aber bis dorthin vom Dienst suspendiert werden. Beamte gehen nicht in Pension, sondern werden in den Ruhestand versetzt und können von diesem bei Bedarf wieder herausgeholt werden.

## Grundwehrdiener bzw. Zivildiener

Haben die Einberufung unverzüglich dem Arbeitgeber zu melden und sind ab diesem Tag bis 4 Wochen nach Beendigung des Grundwehrdienstes kündigungsgeschützt, nicht entlassungsgeschützt.

## Betriebsräte

Sind ab dem Tag der Kandidatur, bis zum Ende des Mandats, Kündigungsgeschützt und können nur mit Zustimmung des Arbeitsgerichtes entlassen werden.

Gewerberecht

Alle Unternehmungen haben zu überprüfen ob sie dem Gewerberecht unterliegen. Dafür sind 4 Kriterien maßgebend.

1. Absicht auf Gewinnerzielung
2. Regelmäßigkeit

Der Unternehmer muss seine Leistungen einem unbegrenzten Kundenkreis, jederzeit zur Verfügung stellen.

1. Rechtlich erlaubt

Die Tätigkeit muss der Legalität entsprechen.

1. Selbstständigkeit

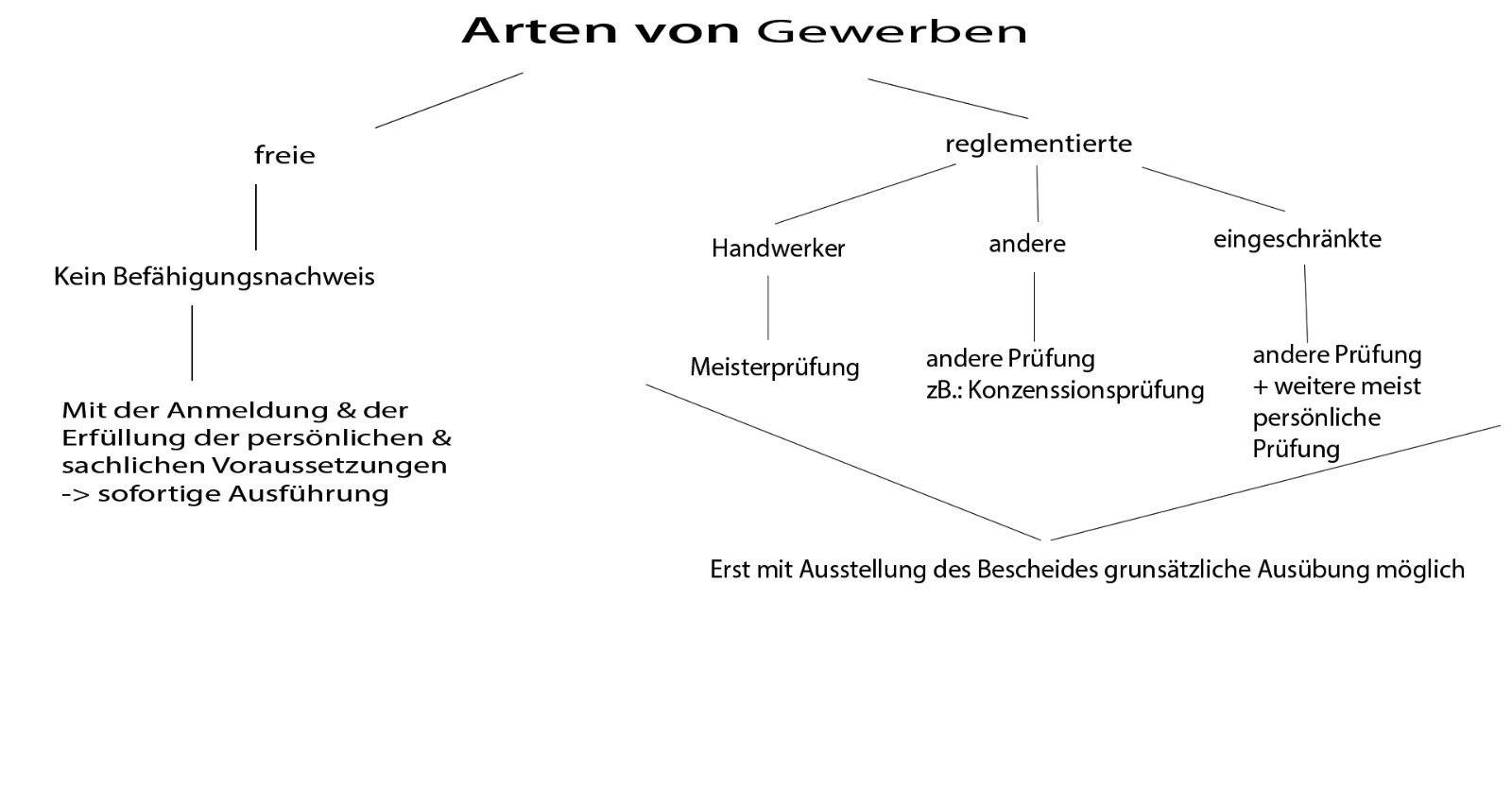
Nicht dem Gewerberecht unterliegen die Land- und Forstwirtschaft, Freiberufler, Künstler, Lehrende, Versicherungen, Banken und Luftfahrzeugunternehmungen.

Voraussetzungen für einen Gewerbebetrieb sind, dass der Gewerberechtsinhaber folgende Bedingungen erfüllt (persönliche Voraussetzungen).

1. Volljährig
2. Staatsbürger, EWR-Bürger (EU-Länder, Island, Norwegen, Lichtenstein) bzw. Vertrag auf Gegenseitigkeit
3. Das Fehlen von Ausschließungsgründen (aufrechte Vorstrafe, noch vorhandene Insolvenzverfahren, vergehen gegen das Gewerberecht)

Sachliche Gründe:

1. Durch den Gewerbebetrieb dürfen weder Nachbarn, noch Passanten, noch Mitarbeiter durch Emissionen (Lärm, Staub, Abgase, Wasser) beeinträchtigt werden. Um bestimmte Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser oder Gotteshäuser sind besondere Schutzzonen zu beachten.



### Teilgewerbe:

Der Gewerbetreibende übt nur einen Teil des Gewerbes aus und benötigt daher nicht die gesamte Prüfung um den Befähigungsnachweis zu erbringen.

z.B.: Fassadendämmunternehmungen benötigen keine Baumeisterprüfung

Unternehmer, die die Gewerbeberechtigung erbringen, müssen entweder vollhaftende Gesellschafter sein (OGisten, Komplementäre, Einzelunternehmer). Erbringt kein vollhaftender Gesellschafter die Gewerbeberechtigung, so benötigt das Unternehmen, so wie juristische Personen auch, einen gewerberechtlichen Geschäftsführer, der zumindest 20 Std im Unternehmen angestellt sein muss. Verlässt der Gewerbeinhaber das Unternehmen, so haben die Gesellschafter eine Übergangsfrist, um einen neuen gewerberechtlichen Gesellschafter zu finden 🡪 Fortbetriebsrechte.

Das Gewerberecht ist ein höchst persönliches Recht und geht mit dem Gewerbeinhaber unter. Der Gewerberechtsinhaber kann das Gewerbe ruhend stellen lassen, d.h. er ist nicht gezwungen, dass Gewerbe ununterbrochen auszuüben. Die Behörde kann jedoch, wenn sie meint, dass die Voraussetzungen nicht genügen, eine Überprüfung der Kenntnisse anordnen. Geht der Gewerberechtsinhaber in Pension, so ist die Gewerbeberechtigung hinfällig.

## Individueller Befähigungsnachweis:

Hat ein Unternehmer keine Gewerbeberechtigung und möchte keinen gewerberechtlichen Geschäftsführer einstellen, so hat er die Möglichkeit, um einen individuellen Befähigungsnachweis anzusuchen, dieser kann von der Behörde dann gewährt werden, wenn der Ansuchende nachweisen kann, dass er über mehrere Jahre in der entsprechenden Branche in leitender Stellung tätig war und die gleiche Verantwortung getragen hat, wie ein gewerberechtlicher Geschäftsführer.

PRIVATRECHT

## Vormund:

* Gibt Unterschrift ab (Pass, Lehrvertrag)
* Beide Elternteile beim ehelichen Kind 🡪 Amtsvormund beim unehelichen Kind (Mutter)
* Zeitlich begrenzt bis zum 18. Lebensjahr
* Staatsbürgerpflicht

## Erziehungsberechtigter:

* Indessen Obhut sich die Person befindet (haftet)
* Eltern, Erzieher, Lehrer
* Ohne Altersbegrenzung

# Tod / Verschollenheit:

## Tod

Tod ist eine Person erst dann, wenn von Amtswegen die Todesurkunde ausgestellt wurde.

## Verschollenheit

Liegt vor, wenn eine Person unbekannten Aufenthalts ist. Verschollene Personen erhalten von Amtswegen einen Abwesenheitskurator, der dafür zuständig ist, dass die Rechte und Pflichten des Verschollenen, sowie seine Vermögenswerte entsprechend verwaltet werden.

### Allgemeine Verschollenheit

Liegt vor, wenn eine Person ohne einen besonderen äußeren Anlass nicht mehr aufgefunden wird. (Naturkatastrophe)

Frist bis zur möglichen Todeserklärung: 10 Jahre auf Antrag der Verwandten oder der Behörde

### Gefahren- / Kriegsverschollenheit

Frist: 1 Jahr

### Seeverschollenheit

Frist: 6 Monate

### Luftverschollenheit

Frist: 3 Monate

# Namensrecht

Den Vornamen bestimmen die Eltern unter Berücksichtigung einer nicht zugelassenen Namensliste. Eheliche Kinder erhalten den gemeinsamen Namen der Eltern. Uneheliche Kinder erhalten im Normalfall den Namen der Mutter. Bei der Eheschließung können die Partner entweder den Namen des Mannes, den Namen der Frau oder einer der Partner einen Doppelnahmen annehmen bzw. den bisherigen Namen behalten.

Namensänderungen können beantragt werden, müssen allerdings genehmigt werden. Adoptierte Kinder werden behandelt, wie eheliche Kinder, d.h. sie erhalten den Namen des Annehmenden.

## Vulgonamen

Sind Namen, die sich über viele Generationen in die Bevölkerung eingeprägt haben, d.h. sie sind sogenannte Haus-/Hofnamen unabhängig vom Namen des jeweiligen Eigentümers.

## Künstlernamen

Künstlernamen sind an die Person gebunden und müssen im Pass eingetragen sein. Verwandte des Künstlers unterschreiben mit ihrem Schreibnamen.

# Erbrecht

Es regelt was mit dem Vermögen eines Verstobenen zu geschehen hat. Grundsätzlich unterscheidet man drei Varianten:

## Den Alleinerben

Dieser erbt alles, außer den Pflichtteilen und den Legaten

## Die Miterben

Diese erben einen ideellen Anteil, d.h. einen nicht bestimmten, bzw. bestimmbaren prozentuellen Teil des Erbes.

## Legatare (Vermächtnisnehmer)

Diese erhalten einen ganz bestimmten Vermögensteil bzw. einen bestimmten Geldbetrag bzw. ein Recht.

Die Erben können das Erbe erst antreten, wenn sie die Einantwortungsurkunde alle unterschrieben haben. Vererbt werden Aktiva und Passiva. Grundsätzlich wer Aktiva übernimmt, übernimmt auch Passiva. Die Erben können das Erbe entweder

## Unbedingt

Wenn sie es unbedingt antreten übernehmen sie alle Aktiva und Passiva ohne konkret zu wissen, welche Aktiva und Passiva vererbt werden (günstigste Variante).

## Bedinge

Das Verlassenschaftsgericht lässt von einem Gutachter eine Inventarliste erstellen und diese bewerten, damit erkennen die Erben, was vererbt wird.

## nicht antreten

Der Erbe kann auf das Erbe zugunsten einer anderen Person zurücktreten, dann erhält seinen Anteil diese Person. Oder das Erbe nicht antreten, dann wird sein Anteil auf die restlichen Erben aufgeteilt.

Hat ein Erblasser keine Erben, so fällt sein Vermögen dem Staat zu.

## Erbrechtstitel

### Erbvertrag

Kann nur zwischen Ehegatten (Verlobten) und nur über dreiviertel des Vermögens abgeschlossen werden. Es handelt sich um einen Notariatsakt, bei dem sich die Partner gegenseitig als Erben einsetzten. Kann nur wieder durch einen Notariatsakt aufgehoben werden.

### Testament

#### Privates - öffentliches Testament

Private werden zuhause aufbewahrt, also an einem privaten Ort, können aber von einem Notar verfasst worden sein.

Öffentliche Testamente können eigenhändig verfasst worden sein, liegen aber bei einem Notar. Wer sie in eine elektronische Liste einträgt und wer im Falle eines Ablebens davon verständigt wird.

#### Mündliche – schriftliche Testamente

Mündliche gelten immer dann, wenn Mindestens 3 Testamentszeugen gleichzeitig beim Verkünden anwesend waren und davon mindestens 2 vor Gericht dieses bestätigen können. Testamentszeugen sind dann gültig, wenn sie mit dem Erblasser weder verwandt, noch verschwägert, noch bei diesem beschäftigt und auch nicht im Testament bedacht sind.

**Schriftliche Testamente**

* Von eigener Hand verfasst

Gilt ohne Bestätigungsvermerk durch einen Notar

* Von fremder Hand oder Maschine verfasst

Gilt nur dann, wenn der Erblasser und zumindest 2 Testamentszeugen, die gleichzeitig anwesend waren, das Testament bestätigt haben. Bestätigt es ein Notar, so ersetzt dieser die Testamentszeugen.

Grundsätzlich gilt immer das letztdatierte Testament

### Gesetzliche Erbfolge